

IN KÜRZE

Grössere Rochade

CHUR | Anfang nächsten Jahres kommt es in der Bündner Kantonsregierung im Hinblick auf die neue Amtsperiode zu einer grösseren Rochade. Der einzige bisherige Regierungsrat, der in seinem Departement bleibt, ist Mario Cavigelli von der CVP. Der 53-jährige Cavigelli leitet auch in der neuen Amtsperiode, die bis Ende 2022 dauert, das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement. Christian Rathgeb, bisheriger 48-jähriger FDP-Regierungsrat, ist neuer Chef des Departements für Finanzen und Gemeinden. Der 59-jährige BDP-Regierungsrat Jon Domenic Parolini wechselt vom Volkswirtschaftsdepartement in das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement. Chef des Departements für Volkswirtschaft und Soziales wird der neue CVP-Regierungsrat, der 45-jährige Marcus Caduff. Der neue SP-Regierungsrat, der 53-jährige Peter Peyer, steht dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit vor. **sda**

Frau stürzt aus Fenster

GORLA | Eine Frau ist am Dienstag bei Putzarbeiten in einem Haus in Gorla TI aus dem Fenster gestürzt. Die 66-Jährige hatte auf einer Klappleiter das Gleichgewicht verloren. Beim Sturz aus dem Fenster fiel die Frau sechs Meter in die Tiefe. Mit dem Helikopter wurde sie schwer verletzt ins Spital geflogen. **sda**

Frankreich inspiziert

BERN | Eine fünfköpfige Gruppe der französischen Streitkräfte führt dieser Tage eine Inspektion in der Schweiz durch. Diese erfolgt im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Inspektion finde in den Regionen Bern, Payerne, Thun, Zentral- und Ostschweiz statt. **sda**

Brief-Betrüger

CHIASO | Die Tessiner Polizei ermittelt gegen mehrere Personen, die ältere Menschen mit fingierten Gewinnversprechen um Geld betrogen wollten. Die mutmasslichen Betrüger stellten ihren Opfern einen finanziellen Gewinn in Aussicht – verlangten dafür aber einen Vorschuss. Dreh- und Angelpunkt des Betrugs ist eine Firma in Chiasso. **sda**

17-jähriger Autodieb

GIVISIEZ | Die Freiburger Kantonspolizei hat den Automobilisten ausfindig gemacht, der vergangene Woche in Givisiez FR mit einem gestohlenen Auto einen Unfall baute und flüchtete. Es handelt sich um einen 17-Jährigen. Nach dem Unfall in Givisiez fuhr er der Polizei davon und liess das Auto in Corseaux VD stehen. Im Auto stiess die Polizei auf ein 16-jähriges Mädchen und einen 14-jährigen Knaben. **sda**

Bern | **GPK kritisieren Wirtschaftsdepartement wegen Hochseeschiffen**

Zu lange zu passiv

Das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Johann Schneider-Ammann war lange zu passiv im Dossier «Hochseeschiffe». Zu diesem Schluss kommen die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte.

Die Bürgschaften für Schiffe unter Schweizer Flagge haben den Bund viel Geld gekostet – und könnten ihn noch mehr kosten. Der Bund gewährte sie, um in einem Krisenfall die Versorgung des Landes sicherstellen zu können. Zuletzt wurden die Bürgschaften 2008 erneuert. Damals schätzte der Bundesrat das Risiko noch als gering ein. Doch dann geriet die Hochseeschiffahrt weltweit in eine Krise.

Das führte dazu, dass bei 13 Schweizer Schiffen die Bürgschaften gezogen und die Schiffe verkauft werden mussten. Damit der Bund seinen Verpflichtungen nachkommen konnte, musste das Parlament vor einem Jahr einen Nachtragskredit in der Höhe von 215 Millionen Franken bewilligen. Derzeit bestehen noch Bürgschaften für 29 Schiffe über 529 Millionen Franken.

Kritische Entwicklung nicht bemerkt

Die GPK als parlamentarische Oberaufsicht haben untersucht, warum der Bund nicht früher reagierte. Sie kritisieren sowohl das Wirtschaftsdepartement (WBF) als auch das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL).

Das Departement habe sich gegenüber dem Amt lange zu passiv verhalten, sagte Nationalrätin Yvonne Feri (SP/AG), Präsidentin der GPK-Arbeitsgruppe, am Dienstag vor den Medien. Das Bundesamt wiederum habe das Departement

nicht hinreichend informiert. Es habe seine «Bringschuld» nicht erfüllt.

Dies führte dazu, dass die kritische Entwicklung nicht bemerkt wurde. Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat gemäss dem Bericht gegenüber den GPK eingeräumt, dass die Führung und Aufsicht unter ihm als Departementsvorsteher ungenügend war.

Info-Notizen nicht berücksichtigt

Bis zur Eskalation der Krise im Juni 2015 wurden die Bürgschaften nie an Führungsgesprächen thematisiert. Ausserdem waren die Bürgschaften nicht Teil des Risikoreportings, und Hinweise in Informationsnotizen wurden mangelhaft berücksichtigt. Die GPK erachten die Unterlassungen als «schwerwiegend».

Zwischen 2011 und 2015 liess das BWL dem WBF neun Informationsnotizen zukommen. Darin orientierte das Amt zwar über finanzielle Probleme von Reedereien, gab aber gleichzeitig zu verstehen, dass eine Lösung der Probleme in Sicht sei.

Einmal nachgefragt

Einmal – im Jahr 2013 – erkundigte sich das Departement, ob eine Unterstützung erforderlich sei, was das BWL verneinte. Weitere Reaktionen des WBF auf die Informationsnotizen gab es offenbar nicht.

Zu den Problemen beigetragen haben dürfte laut GPK, dass die Departementsspitze und die Amtsleitung die Kompetenzen und Zuständigkeiten unterschiedlich beurteilten. Die GPK äussern in diesem Zusammenhang Zweifel an der Milizstruktur des BWL, für dessen Leitung 40 Stellenprozent vorgesehen sind. Nach Ausbruch der Krise im Juni 2015 habe das WBF das Pro-



GPK. Andrea Caroni, Erich von Siebenthal, Anne Seydoux-Christe und Yvonne Feri (von links) äussern sich zu den Hochseeschiffahrts-Bürgschaften. **FOTO KEYSTONE**

lem aber erkannt, Massnahmen ergriffen und die Aufsicht über das BWL verbessert, schreiben die GPK. Auch habe das WBF ab diesem Zeitpunkt den Gesamtbundesrat angemessen über die Problematik informiert.

Die GPK begrüssen ferner, dass der Bund aus dem Fall Lehren gezogen hat. Ende 2016 beschloss der Bundesrat, den Rahmenkredit für Bürgschaften dem Parlament nicht zur Erneuerung vorzulegen. Zudem ergriff der Bund Massnahmen zur besseren Berücksichtigung der Risiken von Bürgschaften und ähnlichen Verpflichtungen.

Mangelnde Unabhängigkeit

Zu den Vorfällen um die Hochseeschiffe wurde auch eine Administrativuntersuchung durchgeführt. Das WBF betraute die Eidgenössische

Finanzkontrolle (EFK) damit. Das WBF hätte das nicht tun sollen, und die EFK hätte den Auftrag nicht annehmen sollen, finden die GPK.

Als Gründe nennt der Bericht die fehlende Unabhängigkeit der EFK und eine unklare Rechtslage. Hinzu kommt, dass die EFK die Untersuchung aus Sicht der GPK «mangelhaft» durchführte. Die wichtigsten Akteure – der ehemalige Stabschef des BWL und die ehemalige Delegierte für Landesversorgung – wurden nicht angemessen einbezogen.

Acht Empfehlungen

Die GPK haben auf Basis der Untersuchung acht Empfehlungen zuhanden des Bundesrats formuliert und ihn sowie die EFK um eine Stellungnahme bis Anfang Oktober ersucht. Unter anderem empfehlen sie, dass Führungsgespräche protokolliert und archi-

viert werden und dass die Organisationsstruktur des BWL überprüft wird.

Weitere Empfehlungen betreffen Administrativuntersuchungen. Der Bundesrat soll klären, ob es zulässig und zweckmässig ist, die EFK damit zu betrauen. Und er soll die Vorgaben betreffend Unabhängigkeit präzisieren. Schliesslich soll der Bundesrat einheitliche Vorgaben für den Vollzug von Bürgschaften prüfen.

Nicht untersucht haben die GPK die Vorgänge rund um den Verkauf der Schiffe. Damit befasst sich die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte. Die Bundesanwaltschaft wiederum führt eine Strafuntersuchung gegen den früheren Stabschef des BWL durch. Das Ergebnis der Administrativuntersuchung wurde bisher nicht veröffentlicht, weil sich Betroffene wehren. Dazu ist ein Verfahren hängig. **sda**

Zürich | **Doris Leuthard eröffnet Drohnen-Kongress**

Zugang zum Luftraum

Ob Sicherheitsbereich, Landwirtschaft oder medizinische Transporte: Schweizer Drohnen haben ein breites Einsatzgebiet. Deshalb haben sich am Dienstag über 100 Personen aus Politik, Forschung und Industrie zum ersten Drohnen-Kongress in Zürich getroffen.

An der ETH Zürich diskutierten sie die globale Entwicklung von Drohnen und entwickelten gemeinsam Strategien für die Zukunft. Eröffnet wurde das vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und dem World Economic Forum (WEF) lancierte «Drone Innovators Network»-Treffen von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP).

Das Drone Innovators Network soll den Austausch zwischen Industrie, Hochschulen und Behörden fördern. «Es geht vor allem um den Zugang zum Luftraum», wird Timothy Reuter vom WEF in einer Mitteilung des UVEK zitiert. Um die Technologie weiterzuentwickeln, brauche es entsprechende Regulierungen.

Dass dieses internationale Treffen in der Schweiz stattfand, ist laut UVEK kein Zufall. «Geht es um Forschung und Entwicklung von Drohnen, belegt die Schweiz

einen Spitzenplatz.» Dies dank der pragmatischen Regulierung des Bundes, innovativer Köpfe und einer guten Vernetzung.

Aktuell sind laut UVEK in der Schweiz über 80 Unternehmen mit über 2500 Arbeitsplätzen im Drohnen-Bereich tätig. Auch die ETH hat mit «bahnbrechenden Technologien und einer Reihe erfolgreicher Spin-offs zur boomenden Drohnenindustrie beigetragen».

Bundesrätin Doris Leuthard sprach in ihrer Eröffnungsrede von der Pionierrolle der Schweiz. «Der Bund hat die Entwicklung der Schweizer Drohrentechnologie von Anfang an in engem Kontakt mit der Forschung und Industrie begleitet», sagte sie und rief die Akteure dazu auf, sich weiter zu vernetzen und das Potenzial, das in der Drohnenindustrie steckt, zu nutzen.

Europa-Premiere mit U-Space

Die Gäste kamen ausserdem in den Genuss einer Europa-Premiere: Die Schweizer Flugsicherung Skyguide und AirMap, eine Luftraum-Management-Plattform für Drohnen, demonstrierten den Swiss-U-Space, das erste landesweite Luftverkehrsmanagement für Drohnen in Europa.

U-Space ist laut den Unternehmen die europäische Vision einer digitalen Infrastruktur, dank der Millionen von Drohnen

der sichere Zugang zum Himmel in Europa gewährleistet werden kann.

In der Demonstration führten mehrere Dutzend Drohnen überall in der Schweiz verschiedene kommerzielle Aufgaben aus. Sie transportierten beispielsweise medizinische Artikel oder führten Wetterbeobachtungen durch. Dabei waren sie mit dem Swiss-U-Space-System verbunden und wurden so sicher und effizient in den unteren Schweizer Luftraum integriert.

Das System lieferte dabei Live-Informationen über die Luftraumstruktur und die Verkehrssituation und meldete die aktuelle Position und den Flugplan an ein Dashboard. Dieses visualisierte den komplett integrierten Verkehrsfluss für bemannte und unbemannte Flugzeuge.

Für Alex Bristol, CEO von Skyguide, beweist das System, dass U-Space zur Sicherheit des Luftverkehrs beitrage und dass die Schweiz in Sachen Drohnen-Innovation führend sei. Präsenz Schweiz vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten hat die Kampagne «Switzerland – home of drones» lanciert – «um die führende Rolle der Schweiz als Innovations- und Technologiestandort zu unterstreichen». Forschung und Industrie können dank der Kampagne ihre Arbeiten international präsentieren. **sda**

BERUFSBILDUNG

«Nahtstellen»

BERN | Der Lehrstellenbarometer heisst neu «Nahtstellenbarometer – Bildungsent-scheide nach der obligatorischen Schulzeit». Im Fokus stehen neu der Übergang von der obligatorischen Schule in die Sekundarstufe II. Da sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt stabilisiert hat, stehen heute Themen wie Bildungsent-scheide der Jugendlichen nach der obligatorischen Schule, die Wahl von Übergangslösungen oder die Fachkräftesituation bei Unternehmen im Zentrum. Erste Ergebnisse liefert laut SBF die Befragung vom April 2018. Zu diesem Zeitpunkt standen 83 951 Jugendliche vor der Ausbildungswahl. Gemäss dieser Erhebung planen 44 857 Jugendliche eine berufliche Grundbildung. Maturitätsschulen sind mit 26 466 Jugendlichen die zweite Wahl. Jeder Siebte plant ein Zwischenjahr (7340) oder will ein Brückenangebot (6728) in Anspruch nehmen. Im April waren mit 63 856 rund 70 Prozent der Lehrstellen vergeben. 91 294 Lehrstellen stehen im Angebot. **sda**